

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

I/1994

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip bei der Geschenkübergabe an den polnischen Botschafter Janusz Reiter im Friedenssaal des Osnabrücker Rathauses
Photo: E. Scholz

Friedensgespräch

zum

Osnabrücker Friedenstag

(Westfälischer Friedensschluß 25. Oktober 1648)

24. Oktober 1993

»Die Rolle Polens in der Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung«

– Vortrag –

Janusz Reiter

Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland
Köln/Warschau

Begrüßung S. Exzellenz, des Botschafters der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland

Exzellenz, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Die Wiederkehr des Tages des Westfälischen Friedensschlusses ist der äußere Rahmen für unser heutiges *Friedensgespräch*. Die Stadt Osnabrück erinnert daran, daß in ihren Mauern einer der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse vereinbart wurde. Sie sieht darin eine besondere Verpflichtung, den Gedanken des Friedens in der Öffentlichkeit wachzuhalten.

Wir sind sehr froh, sehr geehrter Herr Botschafter, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, am heutigen Friedenstag einen Vortrag über die Rolle Polens in der Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu halten.

Warum haben wir gerade Sie, als Botschafter Polens, gebeten, einen Vortrag zu diesem Tag zu halten, obwohl doch ihr Land – als eines der wenigen europäischen Länder – nicht am Westfälischen Frieden direkt beteiligt war? Polen war aber von diesem Friedensschluß indirekt und nicht weniger nachhaltig betroffen. Der Friedensschluß hatte für Polen die bittere Konsequenz, daß Schweden – nachdem es sozusagen den Rücken frei hatte – Polen überfiel.

Dieses Ereignis zeigt, daß die europäischen Staaten immer eine Schicksalsgemeinschaft bildeten und bilden. Die Geschichte Polens und Deutschlands nach 1648 ist eine Kette tragischer Auseinandersetzungen und Verstrickungen. Gerade in diesem Jahrhundert steigerten sich diese Verstrickungen ins Monströse. Auch in dieser Beziehung ist das Jahr 1648 ein Anknüpfungspunkt. Es wurden nicht nur neue politische Ordnungen geschaffen, deren Konsequenzen heute noch sichtbar sind. Das Jahr 1648 markiert auch eine geistesgeschichtliche Epochenschwelle.

Der polnische Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman sieht mit 1648 den Beginn der Moderne. Mit Moderne verbinden wir Aufklärung, Beginn der Naturwissenschaften und allgemeine Menschenrechte. Das moderne Weltbild von 1648 ist aber auch die philosophische Verarbeitung von dreißig Jahren des Gemetzels im Namen der Religion. Das politische und theologische Chaos, das sich im Dreißigjährigen Krieg niederschlug, suchte nach einer neuen Glaubensgewißheit. Das Denken der Moderne, so sagt Bauman in seinem jüngsten Buch, das den Untertitel trägt *Die Moderne und der Holocaust*¹, hat aber auch geistige und politische Ordnungsmuster hervorgebracht, die in der »Neuen Ordnung« und im »Neuen Menschen« der Nationalsozialisten ihren grauenhaften Höhepunkt fanden. Damit soll nicht die historische Schuld Deutschlands am Holocaust geleugnet werden. Es ist die Geschichte des Holocaust, die unsere beiden Länder in diesem Jahrhundert auf schreckliche Weise verbindet, denn für die Inszenierung des Holocausts hatten die Nazis vor allem Ihr Land ausgewählt.

Warum immer wieder die Erinnerung an diese Vergangenheit? Sie haben einmal in einem Interview gesagt: »Keine anderen Völker in Europa haben so viel Gemeinsamkeiten wie Deutsche und Polen«. Gleichzeitig betonen Sie jedoch, daß es ein großer Fehler

1 Zygmunt Bauman. *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 1992.

sei, in den deutsch-polnischen Beziehungen immer nur die Vergangenheit zu beschwören – die Probleme lägen in der Gegenwart.

Dies ist angesichts unserer gemeinsamen Geschichte ein mutiges Wort. In der Tat haben die Umwälzungen der letzten Jahre neue Chancen eröffnet, unsere gemeinsame Zukunft besser zu gestalten als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, daß die europäischen Staaten eine Schicksalsgemeinschaft bilden und Frieden auf diesem Kontinent nur gemeinsam erreicht werden kann. Wie brüchig dieser Frieden auch in Europa ist, zeigt uns der Krieg im ehemaligen Jugoslawien.

Ein Europa des Friedens ist nur möglich, wenn die alten nationalstaatlichen Fixierungen überwunden werden. Westeuropas Einigung war nur denkbar aufgrund der deutsch-französischen Verständigung. Die Einigung Europas wird nur möglich sein auf der Basis einer deutsch-polnischen Verständigung. Hier gibt es noch viel zu tun.

Man sagt, daß Sie, Herr Botschafter, eine der schwierigsten Missionen Polens im Ausland übernommen hätten. Sie haben es dennoch in ganz kurzer Zeit verstanden, in Bonn und außerhalb gehört zu werden. Wir hoffen und wünschen, daß es Ihnen während Ihrer Amtszeit in Bonn gelingen möge, einen wesentlichen Baustein für das Fundament eines gemeinsamen europäischen Hauses zu legen. Frieden ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg. Um den Frieden zu schaffen, bedarf es der ständigen Anstrengung; es ist fortwährend daran zu erinnern, daß der Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, sondern immer wieder neu erstritten werden muß.

Ihr Vortrag, Herr Botschafter, an dieser historischen Stätte ist auch in diesem Sinne gemeint. Wir danken Ihnen für Ihren Besuch in Osnabrück.

Prof. Günter Bierbrauer PhD

Janusz Reiter

Die Rolle Polens in der Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung

Es ist mir eine Ehre, hier vor Ihnen sprechen zu dürfen, in Osnabrück, einer der großen Städte der europäischen Geschichte, deren Name mit dem Westfälischen Frieden verbunden ist – aber dadurch auch mit dem Dreißigjährigen Krieg, jener – wie ein deutscher Historiker schreibt – »existentiellen Katastrophe des neuzeitlichen Deutschland, ohne deren Begreifen die ganze folgende deutsche Geschichte keinen Sinn ergibt«. Es ist erstaunlich, wie tief sich solche traumatischen Erfahrungen im Gedächtnis der Völker einprägen. Die polnischen Teilungen am Ende des 18. Jahrhunderts bestimmen bis heute das Geschichtsbewußtsein und dadurch auch das politische Denken in Polen mit. Der Zweite Weltkrieg hat dieses Thema wieder erneuert und zur Erfahrung einer elementaren Bedrohung gesteigert. Traumata dürfen, wie man aus der Psychologie weiß, nicht verdrängt werden. Man muß sie vielmehr, wie es immer wieder heißt, aufarbeiten. In dem schwierigen deutsch-polnischen Dialog ist das meiner Meinung nach gelungen. Davon überzeugte mich z.B. der Satz, den Tadeusz Mazowiecki, der erste demokratische Regierungschef Polens nach dem Krieg, im Mai 1990 während des Besuches Bundespräsident Richard von Weizsäckers ausgesprochen hatte:

»Wir haben viel Zeit gebraucht, um zu erkennen, daß die eigentliche Frage nicht lautet ›Wie konnten Deutsche Polen es antun?‹, sondern ›wie konnten Menschen anderen Menschen es antun?‹.«.

Raymond Aaron formulierte das auf eine Art und Weise, die heute wieder eine neue Aktualität bekommt. Er sagte:

»Wer die Hitler- oder die Stalinzeit überlebt hat, weiß, daß das Schlimmste immer möglich ist. Das Vertrauen bewahren heißt daran glauben, daß das Schlimmste nicht immer sicher ist.«

Geschichtsbewußtsein kann eine wichtige Orientierungshilfe sein, kann aber auch zu einem Fluch werden. Der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez hielt in Aachen, als er den Karls-Preis entgegennahm, eine Rede, in der er das auf eine bewegende Weise darstellte. Er sprach von Spaniens Weg nach Europa. Er sprach von einem Land, das aus seiner z.T. auch selbst verschuldeten Isolation und Entfremdung herauskam. Es ging nicht nur um den Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Das Wesentliche lag tiefer, in dem historisch gewachsenen Selbstverständnis einer Nation, die aus der Not ihrer Unfähigkeit, sich als Teil eines größeren Ganzen zu verstehen, die Tugend ihrer Einzigartigkeit zu machen versuchte, eine Art historische Bestimmung. Erst seiner Generation sei es gelungen, für Spanien wieder einen vom Volk akzeptierten Platz in Europa zu finden.

Wenn der Slogan »Rückkehr nach Europa«, den man heutzutage in Polen und in den anderen mitteleuropäischen Ländern so oft hört, einen Inhalt hat, dann müßte er genau das meinen: die Suche nach einem Platz in Europa. Eine Aufgabe, die nicht nur außenpolitisches Geschick, sondern eine Bereitschaft zu Veränderungen, auch mentalen, voraussetzt, und zwar bei allen Beteiligten. Die mitteleuropäischen Völker kehren in die Geschichte zurück mit der eingepprägten Erfahrung, daß – wie ein polnischer Histori-

ker es formulierte – »kein Sieg, kein Friedensvertrag jemals endgültig ist, daß keine Grenzen sicher sind und daß jede Generation mit der Arbeit von vorne anfangen muß«.

In der polnischen Geschichte wurde oft der Versuch unternommen, dieser – wie jemand sagte – »angelernten Hilflosigkeit« einen höheren, metaphysischen Sinn zu verleihen. Die polnische Literatur kennt viele glanzvolle Beispiele dafür. All das war ein Teil eines Überlebenscodes. Er war in der Not hilfreich, kann aber das Leben in sog. normalen Zeiten erschweren. Aber kann man ihn einfach beim Eintritt nach Europa an der Garderobe ablegen? Selbst der Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, ein durch und durch europäischer Dichter, fragt skeptisch und verunsichert:

»Sollen die Jahre des Leidens unter der totalitären Herrschaft ausgelöscht und durchgestrichen sein und sollen die Menschen wieder bei Null anfangen? Sollen die Denker, Dichter und Künstler sich ihren westlichen Kollegen anschließen und sich mit der mehr oder weniger marginalen Rolle abfinden, die ihnen in Gesellschaften, die hauptsächlich mit Kauf und Verkauf beschäftigt sind, zugewiesen wird?«

Czeslaw Milosz wuchs im damaligen polnischen Osten auf, dem heutigen Litauen, dem einzigartigen Raum, der eine große Kultur hervorgebracht hat. Seine Werke erinnern daran, daß Polen ein Land war, das nicht nur geographisch vom Westen nach Osten ausgedehnt war. Ein Land, das sich als Teil des lateinischen Abendlandes verstand, aber auch den östlichen Einfluß in seine Kultur aufnahm. Ein Land, wo sich Ost und West begegneten – kulturell fruchtbar, politisch oft spannungsvoll.

Czeslaw Milosz lebt seit vielen Jahren in Kalifornien. Die Welt seiner Jugend existiert nicht mehr. Sie wurde im September 1939 ermordet, das Todesurteil unterschrieben zwei Diktatoren, Hitler und Stalin. Das Polen, das aus dem Krieg hervortrat, war ein verändertes. Es wurde, ohne nach seiner Zustimmung gefragt zu werden, nach Westen verschoben. Geographisch westlicher, politisch aber dem Osten zugeschlagen. Die sowjetische Vormacht garantierte diesem Staat die Sicherheit. Der Preis, den sie dafür verlangte, war die Unterwerfung. Jedesmal, wenn die polnische Gesellschaft versuchte, ihre Freiräume zu erweitern, wurden Drohungen vernehmbar, die Garantien für die polnische Westgrenze könnten zurückgenommen werden. Der Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen Volksrepublik Polen hat die polnische Abhängigkeit von diesen Garantien ein Stück abgebaut. Darin lag auch seine europäische Bedeutung. Er hat aber vor allem den Weg zur Verständigung zwischen Polen und Deutschen eröffnet. Der Vertrag wurde auf deutscher Seite von Willy Brandt, dem Bundeskanzler der damaligen sozial-liberalen Koalition unterzeichnet. Aber auch Christdemokraten haben ihm maßgeblich zum Erfolg verholfen. Der damalige Ministerpräsident Niedersachsens, Ernst Albrecht, hat dabei eine wichtige Rolle gespielt.

Die Polen von der Bundesrepublik trennende DDR setzte dieser Politik der Verständigung enge Grenzen. Jeder Emanzipationsversuch stieß an die Grenzen, die Grenzen der Jaltaer Ordnung. Die Zerschlagung der »Solidarität« im Dezember 1981 hat das in einer besonders drastischen Form deutlich gemacht. Kein Wunder, daß in der Diskussion über die Gründe der Niederlage und über die künftige Strategie die deutsche Frage einen exponierten Platz einnahm. Wahrscheinlich gab es in den 1980er Jahren kein Land in Europa, in dem man sich mit dem Problem der deutschen Einheit so intensiv auseinandersetzte wie in Polen. Und in keinem anderen Land hatte wohl die Vereinigung Deutschlands so viele entschiedene Befürworter wie in Polen. Ich will auch darauf hinweisen, welchen Bewußtseinswandel das bedeutete. Das Dogma, dem viele Menschen auf beiden Seiten huldigten: *Was für Deutschland gut ist, muß für Polen schlecht sein und umgekehrt*, wurde widerlegt. Die nationalen Grundinteressen Polens und Deutschlands

haben sich in der für beide Völker so entscheidenden Situation am Ende der 80er Jahre als völlig übereinstimmend erwiesen. Das ist eine Tatsache, über die man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen darf. Denn es handelte sich nicht um eine zufällige Übereinstimmung taktischer Ziele im diplomatischen Spiel. Hier trafen sich demokratische Freiheitsideale, die ihre Wurzeln in derselben Wertegemeinschaft haben. Darauf kann und muß man sich immer wieder besinnen.

Durch die Vereinigung Deutschlands und die Auflösung der Sowjetunion hat sich die geopolitische Lage Polens grundlegend verändert. Polen liegt heute nicht wie in der Vergangenheit zwischen Deutschland und Rußland. Polen muß nicht zwischen Deutschland und Rußland wählen, kann vielmehr mit den beiden, aber auch mit allen anderen Nachbarn in Eintracht leben. Das ist eine historisch neue Situation. Sie ist ein Geschenk der Geschichte. Ein Geschenk, das sie uns nicht für immer gegeben hat. Ein Geschenk, das sie uns wieder nehmen kann, wenn wir mit ihm nicht richtig umgehen können. Dafür müssen mindestens drei Bedingungen erfüllt werden:

Erstens bleiben Polen mögliche geopolitische Dilemmata nur solange erspart, wie Deutschland bei seiner Absage an die traditionelle Geopolitik bleibt. Mit anderen Worten: solange Deutschland seine Interessen in europäischen und transatlantischen Integrationsstrukturen aufgehoben sieht. Die Einbindung in diese Integrationsstrukturen war ja nicht nur eine außenpolitische Weichenstellung. Das war vielmehr eine Antwort auf ein traditionelles Problem der deutschen Geopolitik, das Problem der sog. Mittellage. Deutschland hat mit dieser Entscheidung nicht nur Verbündete und Freunde gewonnen. Es hat seine innere Ruhe gefunden – und mit Deutschland auch seine Nachbarn. Mit dieser Politik, die ja eine gewisse Selbstbeschränkung einschließt, hat die Bundesrepublik Erfolg gehabt. Sie hat sogar das Ziel erreicht, an dem schon viele zu zweifeln begannen: die Einheit.

Mit der Vereinigung ist eine Etappe in der deutschen und der europäischen Geschichte zu Ende gegangen. Es kann nicht alles wie bisher weitergemacht werden. Daß sich Deutschland nach wie vor zur Politik der Integration bekennt, ist aber nicht nur verständlich, sondern auch erfreulich. Wenn ein Land wie Spanien nicht fähig ist, seinen Platz unter den Völkern zu definieren, ist es vor allem sein eigenes und erst dann ein europäisches Problem. Wenn sich Deutschland in Europa entfremdet fühlt, ist es sowohl ein deutsches als auch ein europäisches Problem.

Die *zweite* der drei Bedingungen betrifft die Zukunft Polens selbst. Das Land steht vor einer historischen Entscheidung, die in ihrer Bedeutung vergleichbar ist mit der europäischen Orientierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch Polen muß sich neu orientieren – als ein Land, das nicht nur geographisch, sondern auch kulturell und schließlich politisch westlich geprägt ist. Diese Orientierung kann nur dauerhaften Erfolg haben, wenn sie auch ihre institutionelle Form findet. Das heißt, wenn auch Polen sich in die Integrationsstrukturen einfügt. Was dies für die europäische Politik und für die deutsch-polnischen Beziehungen bedeutet, werde ich weiter unten noch erläutern.

Die *dritte* Bedingung schließlich ist eine möglichst stabile Entwicklung östlich Polens, in den Ländern der früheren Sowjetunion: in Rußland, Belarus, der Ukraine und den baltischen Staaten. Polen ist daran interessiert, daß diese Länder ihre Beziehungen in gegenseitiger Achtung ihrer Souveränität gestalten. Das ist ein Grundsatz, der für alle gilt – in Streitigkeiten mischt sich Polen nicht ein. Unser Beitrag zur Stabilität dieser Region kann vor allem darauf beruhen, daß Polen selbst ein stabiles Land bleibt.

Polen liegt heute in einem Spannungsfeld zwischen dem sich integrierenden Westeuropa und dem von widersprüchlichen Kräften erschütterten Osteuropa. Wir haben ein doppeltes Wohlstandsgefälle, eines an der westlichen, das andere an der östlichen Grenze.

Daraus ergeben sich zwangsläufig auch soziale Spannungen; man sieht sie an den Grenzübergängen besonders deutlich fokussiert. Die deutsch-polnische Grenze ist gleichzeitig die äußere EG-Grenze. Nachdem die sog. Binnengrenzen weitgehend abgeschafft worden sind, werden die Kontrollen an den Außengrenzen umso mehr verschärft. Dabei muß man – auch wenn das eher verlegen verschwiegen wird – einsehen, daß der Druck auf die EG unvergleichlich härter sein würde, wenn Polen ihn nicht schon vorher abfinge.

Auch die asylpolitische Entwicklung macht das deutlich. Polen hat innerhalb von wenigen Jahren einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht: von einem sog. Herkunftsland über ein sog. Transitland zu einem Aufnahmeland. Ich bin mir dessen bewußt, daß es, wenn man dieses Bild betrachtet, naheliegt, Polen als einen Puffer zwischen Ost und West zu bezeichnen. Es wäre unseriös zu leugnen, daß Polen eine solche Funktion z.T. erfüllt. Das kann nicht so bleiben. Polen wäre hoffnungslos überfordert, wenn man es dauerhaft in diese Rolle versetzen wollte. Polen hat nur eine Alternative: es kann – aus eigener Kraft und mit Unterstützung von außen – in den westlichen Strukturen seine Stabilität festigen oder in die Instabilität stürzen.

Ich mache mir keine Illusionen: Eine Westintegration Polens kann nicht ein großer Sprung sein, sondern das Ergebnis vieler kleiner Schritte. Das gilt für die angestrebte EG-Mitgliedschaft wie auch für den gewünschten NATO-Beitritt. Was das zweite Ziel anbetrifft, so muß ich eines richtig stellen: es geht nicht darum, im Westen Schutz vor dem Osten zu suchen. Vielmehr handelt es sich um die Frage, wo Polen – in seiner besonderen Lage – Sicherheit finden kann. Ist es ein schlechtes Geschäft für Europa, wenn ein Land wie Polen bereit ist, einen Teil seiner nationalstaatlichen Souveränität an eine gemeinsame Entscheidungsstruktur zu übertragen? Kann sich dadurch jemand bedroht fühlen? Selbstverständlich muß man ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem anstreben. Die Frage ist nur, ob Polen auf das Ergebnis dieser Suche als ein Land des manchmal so genannten Zwischeneuropa oder als Mitglied einer verlässlichen Integrationsgemeinschaft warten soll?

Die Diskussion darüber muß weitergeführt, aber entemotionalisiert werden. Man kann sie vor allem nicht so führen, als ob es um alles oder nichts ginge. Die NATO-Mitgliedschaft muß das Ziel eines längeren Prozesses sein. Was heute not tut, ist eine Antwort auf die Frage, ob der Westen das Ziel unterstützt. Die NATO hat sich dazu noch nicht durchgerungen. Die Europäische Gemeinschaft hat auf dem letzten Gipfeltreffen dieses Ziel bekräftigt. Die Bundesrepublik Deutschland gilt als das Land, das sich für eine künftige Mitgliedschaft Polens besonders energisch einsetzt. Welches Interesse kann Deutschland daran haben, daß Polen der Gemeinschaft beitrifft?

Henry Kissinger meint, Geschichte sei die Erinnerung der Staaten. Unsere Staaten können sich an viel Leid erinnern. Vor allem aber sollten sie sich daran erinnern, wie eng die Schicksale der Völker, die hier in Mitteleuropa leben, miteinander verflochten sind. Oft wurde diese Verflechtung als eine Last empfunden. Die Europäische Gemeinschaft hat Nachbarn zusammengeführt, weil sie ein Modell des Interessenausgleichs schuf, der viel effektiver als die traditionelle Machtpolitik ist. Das Modell hat sich bewährt. Eine neue Probe steht ihm aber bevor. Nun kann auch das Verhältnis zu den mittelosteuropäischen Ländern auf die gleiche Grundlage gestellt werden. Europäische Stabilität hängt von dem Erfolg weitgehend ab. Vor allem in Mitteleuropa, hier, wo Deutsche und Polen Nachbarn sind, wo sie für Europa gemeinsam Verantwortung tragen.